Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich Mk., auf dem Lande Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Insertionspreis Mk. für die 6 gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2 spaltige Korpuszeile Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gespaltene Korpuszeile Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 3 — **Mittwoch den 4. Januar 1922.** — **81. Jahrgang**

Amtlicher Teil.

Die Steuerbücher mit den Steuermarken vom 1. April bis 31. Dezember 1921 sind sofort an die hiesige Stadtsteuerkasse abzugeben.

Die Inhaber größerer Betriebe werden ersucht, die Bücher ihrer Arbeitnehmer möglichst gesammelt einzuliefern.

Wilsdruff, am 2. Januar 1922. 1559 Der Stadtrat.

Lichtgeld für Dezember 1921 ist spätestens bis zum 10. Januar an die Stadtkasse zu bezahlen.

Wilsdruff, am 2. Januar 1922. 1550 Der Stadtrat.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Infolge der starken Stürme sind zahlreiche Fernsprechleitungen, besonders nach dem Westen hin, gestört worden.

* Mit den streikenden Eisenbahnern wurde eine Einigung erzielt. Die Wiederaufnahme der Arbeit hat sich jedoch durch neue Teilaktionen, bei denen es auch zu Ausschreitungen kam, verzögert.

* In Dinkelsbühl warf ein junger Mensch eine Bombe in eine dichtgedrängte Menschenmenge, wodurch etwa 50 Personen verletzt wurden.

* Briand hat erklärt, daß gegen Deutschland neue Sanktionen angewendet würden, wenn es seine Zahlungen nicht erfülle. Der französische Anteil könne nicht herabgesetzt werden.

* Trotzki erklärte auf dem russischen Rätekongreß, die Sowjetregierung sei gezwungen, den Winter zur Hebung der Kampffähigkeit des Heeres zu verwerten.

Vor Cannes.

Das Dunkel, das das Ergebnis der Londoner Besprechungen zwischen Lloyd George und Briand den Augen der nicht-diplomatischen Welt verbarg, will sie nicht lichten. Den positiven Mitteilungen, die in verschiedenen Ländern über den Inhalt der Londoner Abmachungen veröffentlicht wurden, setzt Herr Briand in allen seinen Äußerungen vor Kammer und Senat eine beharrliche Nichtachtung entgegen. Er wiederholt immer wieder, daß Frankreich nicht daran denke, von seinen Zahlungsforderungen an Deutschland auch nur einen Centimes abzulassen, und wenn es nach ihm ginge, müßte man eigentlich die Frage aufwerfen, wozu der große Apparat der internationalen Diplomatie wieder einmal aufgeboten und nach ihm eine europäische Wirtschaftskonferenz und wer weiß was sonst noch arrangiert werden soll.

Herr Briand muß sich seinen politischen Bedrängern gegenüber ziemlich stark in der Klemme fühlen, denn selbst die Sanktionen hat er vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten wieder aufmarschieren lassen, für den Fall, daß Deutschland nicht zahlen würde. Aber trotzdem rüstet er natürlich mit aller Macht für Cannes, vielleicht in der Erwartung, daß schließlich auch die rabiatesten Franzosen würden einsehen müssen, daß man gegen wirtschaftliche Unmöglichkeiten, zumal wenn sie so unbestritten sind wie die jetzt selbst von der Bank von England anerkannte Unsinnigkeit der Londoner Zahlungsbedingungen, nur mit vernünftigen Mitteln und mit vereinten Kräften ankämpfen könne, nicht aber mit blinder Gewalt. Auch die größte Zähigkeit muß schließlich mit feststehenden Tatsachen paktieren, und wenn den Franzosen erst klar zum Bewußtsein kommt, daß in Cannes weniger die deutschen Zahlungsverpflichtungen als die furchtbare Wirtschaftslage von Gesamteuropa zur Erörterung gelangen wird, dann werden sie die Notwendigkeit, die Lösung des einen Problems mit der Lösung des andern zu verbinden, nicht länger von der Hand weisen können. Das bedeutet aber schon den ersten Schritt zur Revision aller der unseligen Verpflichtungen, die man Deutschland auferlegt hat — also im Grunde auch zur Revision des Versailler Vertrages, so sehr unsere Feinde sich auch gegen das Zugeständnis sträuben mögen, daß dieser „heiligste" aller Verträge, so wie er ist, nicht ausgeführt werden kann.

Wenn Briand zur Washingtoner Konferenz sich so zeitig aufmachte, daß er schließlich als erster zur Stelle war, und Lloyd George, wenn er seinem Beispiel überhaupt folgen wollte, erheblich nachgeklappt hätte, so weilt der britische Ministerpräsident jetzt schon seit mehreren Tagen in Cannes und vermag dort in aller Ruhe seine Vorbereitungen für die Konferenz zu treffen, ehe Briand auf dem Plan erscheint. Lloyd George wird es hier vor allem darauf ankommen, die schon betonte Notwendigkeit einer internationalen Solidarität zur Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens in Europa endlich in Taten umzusetzen. Schon spricht man davon, daß für diese Haupt- und Grundfrage die prinzipielle Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit Frankreichs, Englands, Amerikas und Deutschlands anerkannt sei, daß also diese vier Mächte in erster Reihe die Riesenaufgabe der Wiederherstellung Rußlands zu gleichen Teilen auf sich nehmen sollen. Der Begleitgedanke ist, daß Deutschland auf diesem Wege am besten auch seinerseits wieder zu Kräften kommen und so sich zu einem zahlungsfähigen Schuldner herausarbeiten kann, ein Gedanke, der eigentlich schon seit Jahr und Tag in der Luft liegt, und der ebenso sehr von hervorragenden Fachmännern aus Amerika wie von leitenden Wirtschaftspersönlichkeiten in Deutschland vertreten worden ist.

Wenn es dazu kommt, daß dieser einzig erfolgversprechende Weg in Cannes endlich beschritten wird, so würde damit eigentlich nur etwas Selbstverständliches geschehen; so lange wenigstens, wie man es als unnatürlich bezeichnen kann, daß große Völker mit sehenden Augen ihrem Untergang entgegenwandeln. Aber Haß und Verblendung sind immer noch gar zu mächtige Faktoren im Volksleben; die Franzosen insbesondere können sich noch immer nicht dazu entschließen, die Dinge so zu sehen wie sie sind. Herr Briand wird also bei aller Bereitwilligkeit, in Cannes zu tun, was die Vernunft gebietet, doch die Furcht nicht los werden, daß er von einem Dolchstoß im Rücken getroffen werden könnte, während er mit den erlauchten Bundesgenossen um die Zukunft der Welt verhandelt. Bei dieser Lage der Dinge läßt sich über das Ergebnis der Verhandlungen, die in wenigen Tagen an der Reviera beginnen sollen, etwas Sicheres nicht voraussagen.

Auf dem Wege zum Frieden.

Neujahrsempfang beim Reichspräsidenten.

Zum ersten Male seit dem Kriege hat in Berlin wieder ein offizieller Neujahrsempfang politischen Charakters stattgefunden. Der Reichspräsident Ebert empfing die Chefs aller fremden diplomatischen Vertretungen in Berlin, wobei der apostolische Nuntius, Monsignore Pacelli, als Wortführer des diplomatischen Korps eine Ansprache hielt. Er nannte diese Zusammenkunft ein glückliches Ereignis, ein Sinnbild der fortschreitenden Rückkehr der Menschheit zum Ideal der Brüderlichkeit und des Friedens zwischen den Völkern.

„Möge die göttliche Vorsehung", so sagte er u. a., „welche die Menschen zu edlem Streben anspornt und sie leitet, ihnen trotz der Verschiedenheit der Stämme und der Staaten ermöglichen, in diesem Jahre die

wirkliche und dauerhafte Versöhnung

der Völker zu vollenden, die von allen Aufrichtigen ersehnt wird und sich auf der Achtung des Rechtes auf der fruchtbaren und friedlichen Arbeit und auf den ewigen Gesetzen der Gerechtigkeit und der Wahrheit gründet. Von diesen Gefühlen durchdrungen, bringen wir Ihnen heute, Herr Präsident, inmitten der schwierigen Aufgaben der Gegenwart, unsere Huldigung und gleichzeitig unsere Glückwünsche für Sie selbst und für das deutsche Volk dar."

Der Reichspräsident dankte dann dem Nuntius für seine Glückwünsche. Auch er betrachte diesen Besuch der Vertreter der fremden Mächte als das Symbol einer allmählichen Rückkehr der Menschheit zum Frieden. Weiterhin erklärte der Reichspräsident:

„Das deutsche Volk wünscht für sich nichts anderes als in friedlicher Arbeit neben den übrigen Völkern sein nationales Dasein wiederaufzubauen. Es gibt sich der Hoffnung hin, daß im kommenden Jahr die Erkenntnis der Weltnotwendigkeiten weiter wächst und daß in dieser Erkenntnis jede Nation sich bemühen wird, durch

fruchtbare Zusammenarbeit mit allen übrigen Völkern

der Menschheit den wahren und aufrichtigen Frieden zu geben. Mit dieser großen Hoffnung im Herzen und durchdrungen von dem Bewußtsein, daß ihre Erfüllung Gebot ist, bitte ich Sie, auch meine Glückwünsche für das Gedeihen der von Ihnen vertretenen Regierungen und Völker entgegenzunehmen."

Bei dem Empfang waren der Reichskanzler Dr. Wirth und die beiden Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes von Haniel und von Simson zugegen. Im Anschluß daran sprachen die Mitglieder der Reichsregierung, der Reichskanzler, die Reichsminister und die Staatssekretäre, ferner die Präsidenten des Reichstages und des Preußischen Staatsministeriums, Vertreter des Reichsrats und der Wehrmacht dem Reichspräsidenten ihre Glückwünsche aus.

Was wir alles zahlen sollen!

Außer den Reparationsverpflichtungen!

Die Erörterung der Deutschland durch den Vertrag von Versailles aufgebürdeten finanziellen Verpflichtungen pflegt sich im allgemeinen auf die Reparationslasten zu beschränken. Es wird meistens vergessen, daß zu den Reparationszahlungen, den bekannten 132 Milliarden Goldmark, noch ganz beträchtliche Zahlungen aus anderen Titeln des Vertrages hinzukommen. Abgesehen von den fortlaufenden Zahlungsverpflichtungen, die sich für das Reich aus dem Ausgleichsverfahren ergeben, kommen in erster Linie die Schadensersatzsummen in Betracht, die dem Reiche für die während des Krieges gegen das feindliche Privateigentum in Deutschland getroffenen Maßnahmen abverlangt und von den verschiedenen gemischten Schiedsgerichtshöfen festgesetzt werden. Die bei diesen Schiedsgerichtshöfen eingeklagten Summen gehen schon jetzt nicht etwa in die Millionen, sondern weit in die Milliarden. Dazu kommen aber neuerdings noch die von verschiedenen alliierten Ländern auf Grund einer besonderen Bestimmung des Vertrages von Versailles erhobenen Schadenersatzforderungen für solche deutschen Maßnahmen, die in der Zeit zwischen dem 31. Juli 1914 und dem Tage des Eintretens dieser Länder in den Krieg getroffen worden sind. Es handelt sich dabei um die Länder, die in den Weltkrieg erst später eingetreten sind. Um einen Begriff von der Höhe dieser Ansprüche zu geben, mag nur erwähnt werden, daß z. B. Portugal für diese Zeit einen Schadenersatz in Höhe von nicht weniger als rund 3¼ Milliarde Goldmark fordert.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Depeschenwechsel Wien—Berlin.

Zwischen dem Reichspräsidenten Ebert und dem österreichischen Bundespräsidenten Hainisch hat beim Jahreswechsel ein Telegrammaustausch stattgefunden, der von den Gefühlen der Stammverwandtschaft beider Völker getragen, dem Wunsche Ausdruck gibt, in zäher Arbeit das Staatswesen wieder auf- und auszubauen, damit, wie es in der Depesche des Präsidenten Ebert heißt, die beiden schwergeprüften Völker gemeinsam und voll Zuversicht den Weg gehen können, der ihnen eine bessere Zukunft verbürgt.

Gegen polnische Übergriffe.

In Oberschlesien ist eine Kommission des Botschafterrates eingetroffen, die sich aus drei Ententeoffizieren zusammensetzt und die Übergriffe untersuchen soll, die bei der Liquidierung des Aufstandes von polnischen Militärfunktionären begangen worden sind. Diese werden beschuldigt, unberechtigte Verhaftungen vorgenommen, Personen in Untersuchungshaft gehalten, Aussagen erzwungen zu haben usw. Die polnische Regierung gab zu dieser Untersuchung ihre Zustimmung unter der Bedingung, daß diese Angelegenheit die Hoheitsrechte Polens in keiner Weise berühren darf, soweit es sich um aus Oberschlesien stammende Personen handele.

Tschecho-Slowakei.

× **Die Deutschen in Böhmen.** Der Präsident der Tschechoslowakei hielt beim Neujahrsempfang eine Rede, in der er u. a. über die deutsch-tschechische Frage sagte: Über territoriale Autonomie einzelner Landesteile kann und wird nicht verhandelt werden. Das läßt auch die unvorteilhafte Verteilung der Minderheiten nicht zu. Unseren deutschen Landsleuten gebührt Anteil in der Verwaltung und in der Regierung; das versteht sich in einer Demokratie von selbst. Diese Mitwirkung setzt allerdings eine loyale Anerkennung des Staates voraus.

Rußland.

× **Einführung der zweijährigen Militärdienstzeit.** Die Sowjetregierung veröffentlichte ein Dekret, durch welches eine zweijährige Dienstpflicht in der Roten Armee eingeführt wird, die mit dem 18. Lebensjahre beginnt. Die Mannschaften werden bis zu ihrem 40. Jahr der Reservearmee eingereiht. — Trotzki erklärte über den Offiziersbestand der Roten Armee, 80 Prozent der Kommandanten seien Arbeiter und Bauern, die während der Sowjetmacht eine hochqualifizierte militärische und strategische Ausbildung erhalten haben und den Kern der Roten Armee bilden. Diese roten Offiziere haben die harte Schule des Bürgerkrieges mitgemacht. Im übrigen sind die Kommandanten unter den alten Offizieren geworben worden.

Jugoslavien.

× **Der Zwischenfall von Sebenico.** Der italienische Konsul legte dem Statthalter von Dalmatien folgende italienischen Forderungen vor: Die Zivilbehörden sprechen der italienischen Regierung ihr Bedauern über die Ereignisse in Sebenico aus. Alle Schuldigen werden streng bestraft. Die jugoslawischen Truppen leisten der italienischen Fahne die Ehrenbezeugung und die jugoslawische Regierung spricht öffentlich ihr Bedauern aus. Diese Forderungen wurden von der Regierung abgelehnt.

Deutsche Studentenhilfe.

Fünf Millionen gestiftet, weiteres in Aussicht.

Zur Förderung des Studiums begabter Söhne minderbemittelter Eltern hat der Bankier Hugo J. Herz-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF